Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechsundzwanzigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Jordan in Halle.
Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc.
Anschluß-Nr. 176.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition von unseren Annoncenbureaux und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 567. **Halle a. d. Saale, Sonnabend den 3. Dezember 1892.**

Das Privateigenthum zur See.

Im Dreißigjährigen Kriege hielt Graf Mansfeld eine Ansprache an seine Soldaten, in der es hieß: „Kinder, bei Todesstrafe ist es verboten zweierlei wegzunehmen: glühendes Eisen und Mühlsteine. Aber alles Andere könnt ihr euch aneignen."

Niemand wird der Ansicht widersprechen, daß diese Grundsätze barbarisch seien und daß der civilisirten Welt die Aufgabe obliege, das Privateigenthum auch im Kriege zu schützen. Darüber herrscht auch nirgends Zweifel. Wenn heute die Kriegszurie entfesselt wird und die Truppen in Feindesland eindringen, so ist das Eigenthum der Bürger nicht einfach der Vergewaltigung, der Plünderung preisgegeben. Die Soldaten, welche stehlen, rauben und plündern, die werden vor das Kriegsgericht gestellt und mit den schwersten Strafen, unter Umständen mit der Todesstrafe belegt. Die Heeresmacht hält sich nicht einmal für berechtigt, ohne weiteres Gegenstände, die sie braucht, zu requiriren. Entweder bezahlt sie diese Dinge auf der Stelle, oder sie giebt dem Besitzer Anweisungen für eine Kasse, bei der sie später zur Einlösung gelangen sollen. Es ist heute ein unantastbarer Grundsatz des Völkerrechtes, daß das Privateigenthum des Bürgers geschont und geschützt werde, auch wenn ein Staat den andern mit Krieg zu überziehen genöthigt ist. Denn der Krieg wird gegen die Staatsgewalt geführt, nicht aber gegen den Einzelnen, nicht gegen die Familie, die vielleicht mit der Erklärung des Krieges, mit der Politik, die zu ihr geführt hat, nichts weniger als einverstanden gewesen ist.

Aber seltsam, so unangefochten dieses Prinzip im Landkriege ist, so wenig wird es noch heute für den Verkehr zur See anerkannt. Der Reichskanzler hat den gegenwärtigen Zustand nicht zu entschuldigen, sondern zu rechtfertigen gesucht mit dem Worte von Schiller: „Es ist der Krieg ein roh gewaltsam Handwerk." Indessen wenn der Krieg die Verletzung des Privateigenthums auf dem Lande nicht erfordert, weshalb soll dann aus seinem Charakter der entgegengesetzte Grundsatz zur See folgen? Sobald ein Krieg zwischen zwei Staaten ausbricht, darf kein Bataillon über die Grenze gehen und in der Nachbarschaft die Bürgerschaft ausrauben oder in die Gefangenschaft schleppen. Die Feindseligkeit darf sich nur gegen Militär und militärische Gegenstände richten. Auf der See aber kann jeder Kreuzer des einen Staates die friedlichen und harmlosen Kauffahrteischiffe des andern Staates überfallen und wegnehmen. Das geht so weit, daß im amerikanischen Sezessionskriege die „Alabama", ein in England ausgerüsteter Kaper, die von ihm aufgebrachten Handelsschiffe nicht einmal erst in einen Hafen schleppte, sondern bereits auf der See in Grund bohrte. Die Mannschaft und Besatzung von Handelsschiffen kann von dem Kreuzer oder Kaper in die Gefangenschaft geschleppt werden, wo sie oft einer unmenschlichen Behandlung ausgesetzt sind. Soll das Recht und Gesetz sein am Ende des neunzehnten Jahrhunderts, nachdem Friedrich der Große schon im Jahre 1785 mit Benjamin Franklin einen Vertrag geschlossen hatte, der die gegenseitige Anerkennung der Heiligkeit des Privateigenthums auch zur See enthält?

Die Sitten der Völker haben sich zwar im Laufe der Menschenalter gemildert; aber bisweilen scheint es, als ob nicht ein Fortschritt, sondern ein Rückschritt der Weltanschauung erfolge. Denn noch immer will es nicht gelingen, dem in jenem Vertrage zum Ausdrucke gebrachten Grundsatze zur allgemeinen Herrschaft im Völkerrechte zu verhelfen. Daß man in früheren Zeiten der Meinung war, dem Feinde gegenüber sei alles erlaubt, läßt sich begreifen. In den ältesten Zeiten wurden die Feinde einfach erschlagen; wenn man sie zu Gefangenen gemacht hatte, so feierte man große Feste, bei denen man die ohnmächtigen entfesselten Feinde opferte. Bei den Kannibalen verspeist man sie heute noch. Allmälig trat in Europa an die Stelle des Todes für die Gefangenen die Sklaverei. Heute macht man die Gefangenen auch nicht mehr zu Sklaven, sondern man entzieht ihnen höchstens die Freiheit während der Dauer des Krieges. Auch im Seekriege ist allmälig eine menschlichere Praxis eingeführt worden, insbesondere hat die Deklaration im Pariser Vertrage von 1856 wenigstens der Privatkaperei, dem Freibeuterthum zur See ein Ende gemacht. Damals indessen weigerte sich der amerikanische Gesandte der Deklaration beizutreten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie ihm nicht weit genug ging. Er betrachtete es als ganz ungenügend, daß nur den Staaten verwehrt werde, Kaperbriefe auszustellen und Privatleute auf Fehden gegen Handelsschiffe auszuschicken. Es müsse vielmehr der Grundsatz festgestellt werden, daß das Privateigenthum zur See unverletzlich sei. Dazu konnten sich nicht alle Vertragsstaaten verstehen, und daher ist diese Lücke im Völkerrechte geblieben bis auf den heutigen Tag.

Ueber ist es die erste Seemacht der Welt, ist es England, das hier Widerstand gegen die vernünftige Reform leistet, obwohl im Kriege doch gerade Englands Handel von Kreuzern am meisten zu leiden hätte. Im Jahre 1885 verfügte das vereinigte Königreich über 16,609 Kauffahrteischiffe mit 3,417,000 Tons, die Kolonien über 12,818 Handelsschiffe mit 1,613,000 Tons. Die englischen Schiffe ziehen ihre Furchen durch alle Weltmeere. Wenn ein Krieg ausbricht, so ist es ein Ding der Unmöglichkeit, alle englischen Fahrzeuge zu benachrichtigen, daß sie im sichern Hafen bleiben, um nicht von feindlichen Kreuzern aufgegriffen zu werden. Schon in den Schiffen selbst liegt ein ungeheurer Reichthum. Sie sind aber nur Werkzeug des Handels, nur Organe zur Vermehrung des Vermögens. Sollte man nicht meinen, England habe daher das höchste Interesse, diese Schiffahrt im Kriegsfalle zu schützen? Allerdings hat England an 100 Kreuzer. Aber jeder dieser Kreuzer hat 380 Schiffe zu schützen, und dann erst könnte er gegen Handelsschiffe anderer Mächte verwendet werden. Der französische General Aube hat gelegentlich erklärt, 20 Kreuzer ersten Ranges seien vollständig ausreichend, um den britischen Handel vollständig zu zerstören. Eine königliche Kommission in England hat schon im Jahre 1860 ausgesprochen, daß die pariser Seerechtsdeklarationen eine unhaltbare Halbheit sei. Es heißt in dem Bericht: Ihre Kommission ist überzeugt, daß Großbritannien das tiefste Interesse hat, die Freiheit des Privateigenthums zur See durchzuführen. Dies Land hat zu allen Zeiten mehr Eigenthum auf der See schwimmen als irgend eine andere Nation und braucht daher eine sehr große Seemacht, um seine Handelsmarine zu schützen, während vielleicht alle seine Kriegsschiffe dringend nöthig sind, um seine Küsten zu vertheidigen."

Die Zeit wird kommen, in der England den Grundsatz anerkennen wird, daß das Eigenthum wie auf dem Lande so auch zur See unverletzlich bleiben müsse, womit natürlich nicht gesagt ist, daß sich der Schutz auch auf Contrebande beziehe, ja womit auch nicht einmal gesagt sein soll, daß nicht ein Staat auch den Handelsschiffen einer mit ihm im Kriege liegenden Macht das Einlaufen in seine Häfen allgemein verbieten dürfe. Damit ist auch der Einwand entkräftet, den Graf Caprivi gegen die Forderung erhoben hat. Er meinte, man könne so wenig Schiffe mit Lebensmitteln schonen, wenn sie auch Privateigenthum seien, wie man etwa einen Ertrag mit Lebensmitteln nach dem belagerten Paris durchgelassen hätte. Dieses Gleichniß hinkt. Lebensfalls wird der Reichskanzler zugeben, daß eine Gefahr nicht vorhanden ist, wenn den Handelsschiffen, die bei der Kriegserklärung außerhalb der Heimath sind, aufgegeben wird, wohin sie mit Mann und Ladung zu gehen und zu bleiben haben. Das darf sicherlich als eine gerechte und billige Forderung der Menschlichkeit und nicht nur als ein von dem Reichskanzler verpöntes „Postulat der Kaufleute und humanen Herzen" bezeichnet werden, daß das Eigenthum nicht einfach fortgenommen, die Passagiere und Matrosen in die Gefangenschaft geschleppt, sondern daß ihnen aufgegeben wird, in einem neutralen Hafen zu liegen, bis der Krieg beendet ist.

Der Reichstag hat sich schon im Jahre 1868 unter der Billigung der damaligen Regierung für die Unverletzlichkeit des Eigenthums zur See ausgesprochen. Er hat am 4. März 1892, nur aus Rücksicht auf die damalige Lage des Grafen Caprivi, eine Beschlußfassung vertagt. Jetzt hat der Abgeordnete Baumbach, unterstützt von zahlreichen freisinnigen und nationalliberalen Abgeordneten, den Antrag wiederholt, daß der Reichskanzler ersucht werde, „dem Grundsatze der Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten auf einer internationalen Konferenz die völkerrechtliche Anerkennung zu verschaffen."

Wir hoffen, daß dieser Antrag nunmehr zum Beschlusse erhoben werde und die Billigung der Reichsregierung finde. Erreicht Deutschland nicht alsbald die allgemeine Anerkennung dieses Grundsatzes, so wird ihm doch die Ehre der Anregung bleiben und zum Vortheil gereichen. Wenn der Antrag beharrlich wiederholt wird, so darf man hoffen, daß ihm schließlich der Erfolg so sicher sei, wie der stete Tropfen selbst den Stein höhlt.

Deutsches Reich.

Berlin, 2. Dez. Gestern mittag nach der Vereidigung der Rekruten begab sich S. M. der Kaiser nach dem Atelier des Bildhauers Schott in der Achenbachstraße, wo der Monarch mit seiner Gemahlin zusammentraf. Die Majestäten besichtigten den Entwurf für das Denkmal Kaiser Wilhelm's I., welches für das Kaiserhaus in Goslar bestimmt ist. Hierauf kehrten beide ins Neue Palais zurück. Nachmittags blieb der Kaiser in seinen Arbeitszimmer, empfing um 5½ Uhr den ehemaligen preußischen Staatsminister Gohlen, welcher zur kaiserl. Abendtafel geladen wurde. Nach Aufhebung der Tafel begaben sich die Majestäten gemeinsam nach dem Lessing-Theater. Der Kaiser und die Kaiserin übernachteten im Königl. Schlosse. Heute vormittag begaben sich die Majestäten zu einem längeren Besuch bei der Kaiserin Friedrich nach deren Palais, wo auch die gemeinsame Frühstückstafel stattfand. Mittags 12 Uhr 54 Minuten reiste der Kaiser, wie schon telegraphisch gemeldet, nach Strehlen bei Dresden ab, wo die Ankunft um 4 Uhr erfolgte. Der Kaiser wurde auf dem Bahnhofe von dem König von Sachsen und dem Prinzen Georg von Sachsen empfangen. Die Begrüßung zwischen dem Kaiser und den auf dem Bahnhofe anwesenden Mitgliedern der Königlichen Familie trug einen äußerst herzlichen Charakter. Der Kaiser, welcher die Uniform seines sächsischen Grenadier-Regiments Nr. 10 angelegt hatte, und der König Albert in der Uniform des ihm verliehenen 10. ostpreußischen Dragoner-Regiments umarmten und küßten einander wiederholt. Auch Prinz Georg von Sachsen und die übrigen am Bahnhofe anwesenden Prinzen des Königlichen Hauses wurden vom Kaiser auf das herzlichste begrüßt. Der preußische Gesandte Graf Dönhoff und eine Deputation des Offizierkorps des zweiten sächsischen Grenadier-Regiments Nr. 101 waren ebenfalls zum Empfange anwesend. Das zahlreich versammelte Publikum bereitete den Monarchen lebhafte Begrüßungen. In der königlichen Villa, woselbst die Begrüßung des Kaisers mit der Königin Carola und den übrigen Mitgliedern der Königl. Familie erfolgte, fand hierauf große Familientafel statt, an welcher der Kaiser, die Königin und die königliche Familie, die Herzogin Friedrich zu Schleswig-Holstein und Prinzessin Theodora zu Schleswig-Holstein theilnahmen. Abends besuchten die Herrschaften das Hoftheater. Der Kaiser übernachtet in Villa Strehlen; morgen früh 7½ Uhr erfolgt die Abreise zur Jagd nach Schloß Moritzburg. — Die Kaiserin besuchte gestern vormittag in Charlottenburg die Kaiserin Augusta-Stiftung. Am Nachmittage begab sich die Kaiserin zu einem längeren Besuche nach dem Diakonissenhause Bethanien. Heute nachmittag gedachte J. M. wieder nach dem Neuen Palais zurückzukehren. — Die Kaiserin Friedrich empfing gestern nachmittag das Präsidium des Reichstages. — Aus Athen kommt die Nachricht, daß der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland die Einladung des deutschen Kaisers zur Hochzeit der Prinzessin Margarethe Folge leisten werden.

Berlin, 2. Dez. (Orig.-Ber.) Zum heutigen dritten und letzten Tage der Generaldebatte zum Etat im Reichstage wird zwei Vertretern der kleinen Parteien, dem Polen von Koscielski und dem Volksparteiler Haußmann, und zwei Spezialisten, dem ewigen Centrumsagrarier von Schalscha und dem einsamen Fehrn von München, das Wort vergönnt. Wieder drehte sich alles um die Militärvorlage. Der Polenführer trat sehr vorsichtig auf und beklagte besonders, wie gänzlich verkannt die Bestrebungen der Polen seien, da sie nun versuchten, mit der Regierung Hand in Hand zu gehen. Bekanntlich wird Herr von Koscielski von einem großen Theile seiner Landsleute angefeindet; es scheinen sehr ernste Dinge sich hinter den Kulissen abgespielt zu haben, denn heute sah sich der „Führer" Koscielski ganz allein. Kein einziger Pole ließ sich während der Rede des Parteiumwälzlings blicken. Glich die Rede Koscielski's einem eleganten Seelenkäufel, so war die des Volksparteilers Haußmann ein heftiger Sturm, der am liebsten sämmtliche Bundesrathstische glatt vom Boden des Reichstages weggefegt und diesen selbst zertrümmert hätte, um einen neuen mit mehr Haußmännern einzuberufen, als jetzt darin sind. Auf die heftigen Angriffe Haußmann's antwortete der Reichskanzler sehr ruhig; die Augenblicke der Erregung scheinen für ihn bei diesem Thema vorüber zu sein. Wirklich sachliches Interesse erweckten die Ausführungen Rickert's. Mit Recht oder Unrecht — wir lassen das dahingestellt — hat man Rickert als einen persönlichen Freund des Reichskanzlers, wie dies aus der Zahl der Freisinnigen auch Alexander Meyer ist, in dem Verdachte, einem Kompromiß nicht abgeneigt zu sein, das die Militärvorlage im wesentlichen rettet. Die heutigen Erklärungen des Herrn Rickert decken sich im großen und ganzen mit den gestrigen Ausführungen des nationalliberalen Abg. Buhl: „In diesem Umfange kann ich der Vorlage nicht zustimmen, aber — —." Aus diesem unausgesprochenen „aber" hörte nun der Reichskanzler den guten Willen Rickert's heraus, den Weg des Kompromisses beschreiten zu wollen, und rief ihm zu: „Dem Abg. Rickert gegenüber gebe ich die Hoffnung nicht auf, ihn so weit von der Richtigkeit unserer Auffassung zu überzeugen, daß er nachgiebt!" Hier rief Eugen Richter hochgeröthen Antlitzes dazwischen: „Dazu gehören noch Andere!" Aus diesem kleinen pikanten Intermezzo scheint doch hervorzugehen, daß Eugen Richter mit der ganzen Macht seines Ansehens und Willens in der deutschfreisinnigen Partei genommen ist, jedes etwa dissentirende Mitglied der Partei unter die stille Pawke gegen über der Militärvorlage zu bringen: „Wir können und wollen nicht!" — Eine aufregende Scene führte noch Herr Bebel herbei: so zügellos hat der Sozialistenführer seine Zunge seit langer Zeit nicht mehr irren lassen. Dem energischen Ordnungsrufe des Präsidenten setzte Bebel einen anmaßenden Widerspruch entgegen. — Den materiellen Inhalt aller während dieser drei Tage gehaltenen Reden werden wir nächste Woche bei der wirklichen Berathung der Militärvorlage noch genügender wiederholt hören. Neues, vielleicht auch manche Ueberraschung dürfte nur das sich bis jetzt in Schweigen hüllende Centrum bringen und — — — Abwarth!

Berlin, 2. Dez. Die Steuer-Kommission des Abgeordnetenhauses hat gestern den Antrag Stengel (Aufbringung des nothwendigen Ergänzungsbetrags durch eine Erbschaftssteuer) gegen 5 Stimmen abgelehnt und den Antrag Wurmeling (Verschonung des Vedarfs durch stärkere Heranziehung des fundirten Einkommens im Rahmen des Einkommensteuergesetzes) an eine Unterkommission verwiesen. In ihrer heutigen Sitzung begann die Kommission die Spezialberathung des Ergänzungssteuer-Gesetzes und nahm die ersten Paragraphen an.

Auch der „Reichs-Anzeiger" läßt sich über Herrn von Puttkamer vernehmen. Er schreibt:

Durch die Zeitungen geht eine Nachricht, wonach Seine Majestät der Kaiser und König den Ober-Präsidenten, Staatsminister von Puttkamer in letzter Zeit in Audienz empfangen habe. Diese Nachricht ist unbegründet; es gerathen somit alle daran geknüpften Gerüchte.

Bisher nahm man an, wenigstens die Nachricht von der Audienz sei wahr gewesen. Nun ist nicht einmal das der Fall, und der Grundsatz „Gesellige" hat sich mit seiner parlamentarischen Vision „nicht übel blamirt!

Der Bundesrath genehmigte in der am Donnerstag abgehaltenen Plenarsitzung den Besoldungs- und Pensions-Etat der Reichsbankbeamten mit Ausnahme des Reichsbank-Direktoriums für 1893. Der Antrag der badischen Regierung wegen Abänderung des Etats der Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungskosten für Baden wurde den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen, der Antrag der lippischen Regierung, betreffend das Ausscheiden der staatlichen Tiefbaubetriebe des fürstlichen Lippe aus der Tiefbau-Berufsgenossenschaft dem Ausschusse für Handel und Verkehr, die Denkschrift für die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze dem Ausschusse für Rechnungswesen überwiesen. Von den vorgelegten Denkschriften über das Schutzgebiet der Neu-Guinea-Compagnie und über die Vorbereitungen für die Betheiligung des Reiches an der Weltausstellung in Chicago nahm die Versammlung Kenntniß.

Nicht nur mit Exlassen, auch mit „geistigen Waffen" will man gegen Prof. Harnack zusammen: die Berufung eines positiven Dozenten an die berliner theologische Fakultät ist dem Vernehmen der „Kr.-Ztg." nach an leitender Stelle beschlossen.

Fürst Bismarck wird, wie wir vor etlichen Tagen berichteten, mit dem heutigen Tage in Friedrichsruh zurückerwartet. Bei

der Reise von Varzin dorthin führt der Weg bekanntlich über Berlin.

Das deutsche Antisklaverei-Komitee erhielt Berichte von den Herren Wissmann und Bumiller, die bis zum 27. Sept. reichen. Danach lag der Dampfer „Pfeil" bei Vinda am Shire-Flusse, 50 Seemeilen unterhalb Port Herald, die übrige Expedition in Port Herald. Wissmann selbst mit der unmittelbaren Begleitung in Chiromo. Da der Wasserstand die Weiterfahrt des „Pfeil" verhindert, wird „Pfeil" landwärts weiter transportirt, während Wissmann mit der übrigen Expedition zur Stationsanlage am Nyassa vorausmarschirt. Bumiller hatte schweres Fieber. Auch Wissmann litt eine Zeit lang an schleichendem Fieber. Bumiller jedoch hat sich nach dem Gesundheitsrapport des Arztes völlig erholt. Von Wissmann's Befinden wird in den spätern Berichten nichts mehr erwähnt. Der Gesundheitszustand der Expedition ist übrigens gut.

Der neue Premier.

Paris, 2. Dez.

In einem durch die „Agentur Havas" veröffentlichten Briefe hat (wie schon gestern telegraphisch berichtet) der Abgeordnete Brisson erklärt, er verzichte auf die Ausführung des Auftrages, ein neues Kabinet zu bilden. Er habe ein neues Ministerium unter Mitwirkung aller Fraktionen der republikanischen Partei bilden wollen, allein die Weigerung Casimir Périer's, in das Kabinet einzutreten und die Abneigung des Herrn Bourgeois', das Ministerium des Innern zu übernehmen, hätten ihn bestimmt, von der Bildung eines neuen Kabinets Abstand zu nehmen.

Darauf ist nun Casimir Périer mit der Bildung des neuen Kabinets betraut worden.

So sehr anzuerkennen ist, daß Herr Brisson ernsthafte Mühe um die Bildung eines Kabinets sich gegeben hat, so wunderlich naiv ist es von ihm gewesen, daß er Casimir Périer zumuthete, selbst in sein Kabinet einzutreten und ihm die Stimmen der 195 Republikaner zuzuführen, die am Montag gerade gegen Brisson gestimmt haben und der von ihm angeführten Vereinigung der Rechten, Boulangisten und Radikalen unterlegen sind. Im Senat finden inzwischen Berathungen über eine sofort einzubringende Anfrage wegen der Uebergriffe der Panama-Kommission in das Gebiet der Richtergewalt statt.

Eine Niederlage des Grafen Taaffe.

Wien, 2. Dez.

Im Abgeordnetenhause wurde heute die Debatte über Dispositionsfonds fortgesetzt und beendet.

Der Polenführer Jaworski äußerte im Namen der Polen:

Die gegenwärtige parlamentarische Lage sei durch ein Mißverständniß zwischen der Regierung und der Vereinigten Linken entstanden. Von einer Gehässigkeit der Regierung gegen letztere könne keine Rede sein. Die Polen bewahrten sich freie Hand bis zur Lösung des in der Thronrede angekündigten Programms. Die bisherige Majorität sei gebildet auf der Grundlage des festen Programms der Gleichwerthigkeit der theilnehmenden Parteien, der festgestellten ziffermäßigen Stärke derselben sowie des Grundsatzes, daß niemand das Programm derselben oktroyirt werden dürfe, daß aber auch niemand ausgeschlossen werden dürfe, der sich dem Programme anfügt. Der Dualismus habe für die Polen eine besondere Bedeutung als Grundlage der gegenwärtigen Politik Oesterreich-Ungarns, in welcher die Polen eine wesentliche Gewähr für die Zukunft Oesterreichs erblicken. Den Dreibund sähe die Polen als den alleinigen Schutz der österreichischen Völker gegen jene Macht an, in der sie die größte Gefahr für ihre Nationalität, ihre Freiheit und ihre Kultur sähen.

Der jungtschechische Abg. Herold führte aus: Die Verweigerung des Dispositionsfonds seitens der Jungtschechen bedeute nicht eine Opposition gegen die Rechte, sondern gegen die böhmenfeindliche Politik. Die Deutschliberalen dächten nicht an ernste Opposition und würden wohl den Rath des Grafen Taaffe beherzigen und nachdenken. Aus dem Dualismus folge nicht die Unabänderlichkeit der Dezemberverfassung in Oesterreich. So lange das große Problem der böhmischen Frage nicht gelöst sei, werde die Partei des Redners bei ihrer Opposition verharren. — Der Abgeordnete Graf Hohenwart stellte fest, Fürst Schwarzenberg habe nur in seinem eigenen und nicht im Namen der Partei gesprochen. Die österreichischen Konservativen seien stets für das historische Recht Ungarns eingetreten. Das von dem Abgeordneten Plener als wünschenswerth bezeichnete Koalitionsministerium sei in der gegenwärtigen Regierung gegeben. Keine Partei lasse sich in die von Plener gewünschte Kombination einfach hinein kommandiren. Seine Parteigenossen seien zur ernsten Prüfung positiver Vorschläge geneigt.

Hierauf nahm der Ministerpräsident Graf Taaffe das Wort zu der folgenden Erklärung:

Gegenüber den im Laufe der Debatte von verschiedenen Seiten abgegebenen Aeußerungen hält es die Regierung für angemessen, ihren Standpunkt neuerdings mit aller Deutlichkeit und Entschiedenheit auszusprechen. Die Regierung steht unverrückbar auf dem Boden der bestehenden Verfassung und wird diesen Standpunkt auch ferner in keinem Falle verlassen. Die Regierung hält rückhaltlos an dem gegenwärtigen gesetzlich geregelten Verhältnisse zu der ungarischen Reichshälfte fest und erachtet die hierdurch geschaffene Organisation der Monarchie für dauernd abgeschlossen; sie kann es daher nicht als geboten ansehen, bei jedem beliebigen Anlasse von neuem auf diese Frage zurückzukommen, muß es aber mit lebhaftem Danke begrüßen, daß ihre loyale Haltung wie immer so auch kürzlich von Seiten der ungarischen Regierung offene Anerkennung gefunden hat. Zu der gegenwärtigen Situation übergehend, verweise ich nur die Erklärung abzugeben, daß die Regierung auch derzeit an den Grundsätzen der Thronrede vom 11. April 1891 unentwegt festhält. In der gemeinsamen Arbeit aller gemäßigten Parteien, welche die Regierung bisher in dankenswerther Weise mit patriotischer Zurückstellung ihrer einzelnen Wünsche unterstützt haben, erblickt die Regierung das sicherste Mittel zur Bildung einer festen, auch von ihr erwünschten und als nothwendig anerkannten Majorität. Zur Erreichung dieses Zieles wird es die Regierung, nur auf das Wohl des Staates bedacht und unbetirrt durch die eigenen Interessen, so viel an ihr liegt, an Bemühungen gewiß nicht fehlen lassen. Von eben diesen Gesinnungen erfüllt wird die Regierung in dem Bewußtsein der von ihr übernommenen Verpflichtungen auch fernerhin bedacht sein, speziell im Königreiche Böhmen eine Verständigung zwischen beiden Volksstämmen zu fördern. Von solchen Erwägungen, die sich nur auf das Ganze des Staates und dessen wichtigste Interessen beziehen, geleitet, vermag die Regierung der Bewilligung oder Ablehnung der zur Verhandlung stehenden Budgetpost keine solche Bedeutung beizulegen, welche sie in ihren Grundsätzen irre machen oder ihre Haltung den gemäßigten Parteien gegenüber ändern könnte. (Lebhafte Bewegung im ganzen Hause.)

Die Bewegung, die auf diese Erklärung Taaffe's hin entstand, hinderte den nächsten Redner Schneider minuten lang, sich verständlich zu machen. Die antisemitischen Abgeordneten Schneider und Pattai erklärten, sie würden für den Dispositionsfonds stimmen, nicht als Vertrauensvotum für die Regierung, sondern aus unbedingter Gegnerschaft gegen die Tendenzen der Linken. Abg. von Pfeiler betonte:

Mit den Grundsätzen Jaworski's für die Majoritätsbildung könnten die Deutsch-Liberalen sich einverstanden erklären. Die Voraussetzung der Dreibundpolitik durch Jaworski's billige er, der Dreibundsgedanke sei von der Mehrheit für die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu der Majorität. Parteien, die bezüglich der grundlegenden staatlichen Anschauungen in unüberbrückbarem Gegensatze stehen, können nicht in einer Majorität zusammen sein. Dies gelte auch vom Staatsrechte.

Bei der hierauf folgenden namentlichen Abstimmung wurde der Dispositionsfonds, wie bereits gemeldet, mit 167 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Die Linke nahm das Resultat der Abstimmung mit anhaltendem Beifalle auf.

Ausland.

Belgien. Lüttich, 2. Dez. Infolge einer Unterredung einer Abordnung der Streikenden mit der Direktion der Kohlengrube in Horloz ist ein Einvernehmen hergestellt worden. Die Delegirten gingen die Verpflichtung ein, daß die Arbeit am Montag wieder aufgenommen würde.

Frankreich. Paris, 2. Dez. Der Generalprokurator richtete an die Panama-Kommission ein Schreiben, in dem er rieth, die Beschlagnahme der Checks des Hauses Thierrée auf administrativem Wege durch den Polizeipräfekten vornehmen zu lassen und nicht durch das Gericht, da letzteres Vorgehen zu zeitraubend wäre. — Der Journalist, der in der „Libre Parole" die Artikel mit der Ueberschrift: „Die Geheimnisse der Panama-Affäre" veröffentlicht hat, verbürgte bei seiner Vernehmung, er sei überzeugt, daß die Panama-Gesellschaft selbst die gegenwärtige Bewegung angestiftet habe. Im Jahre 1886 habe er, damals noch Beamter der Gesellschaft, von derselben den Auftrag erhalten, einigen Deputirten Geldsummen anzubieten, damit sie für das Emissions-Projekt der Gesellschaft stimmten. Allein von den Deputirten sei keiner seiner Aufforderung nachgekommen.

Die Kommission vernahm heute den Deputirten Sallis, der seiner Zeit Mitglied der Kommission war, welche im Jahre 1888 das Projekt der Panama-Loos-Obligationen zu prüfen hatte. Sallis erklärte, sechs Mitglieder der Kommission hätten von ihrem Bureau einen formellen Auftrag erhalten, gegen das Projekt zu stimmen; fünf hätten sich sofort für dasselbe erklärt. Indessen sei es angenommen worden, weil ein Mitglied, Sansleroy, obwohl als Gegner des Projektes gewählt, doch für dasselbe stimmte. Sansleroy habe, über seine Abstimmung befragt, erklärt, daß er bei seinem Votum den Bitten seiner Wähler nachgegeben habe. — Hierauf wurde Chantagrel, der gleichfalls im Jahre 1888 Mitglied der Panama-Kommission war, vernommen. Chantagrel sagte aus, es seien ihm, damit er für das Projekt stimme, von einem Beamten der Panama-Gesellschaft nach und nach 100,000, sodann 200,000 und schließlich 500,000 Francs geboten worden. — Außerdem beantragte die Kommission ihren Vorsitzenden, Herrn Brisson, den Minister des Innern von dem Inhalte des Schreibens in Kenntniß zu setzen, durch welches der Generalprokurator Quesnay de Beaurepaire der Kommission anrieth, die Beschlagnahme der Cheks des Hauses Thierrée auf administrativem Wege durch den Polizeipräfekten zu bewerkstelligen. Brisson eröffnete ferner dem Minister, daß die Kommission ihrerseits eine Beschlagnahme der Cheks wünsche. — Der Gemeinderath hat dem Wunsche nach strenger Bestrafung der Deputirten Ausdruck gegeben, die in der Panama-Angelegenheit als schuldig befunden würden.

Rußland. Petersburg, 2. Dez. Dem Reichsrathe ist ein Gesetzentwurf über die Einführung der Salzaccise und die Erhöhung der Zuckeraccise zugegangen. Danach soll die Ergänzungsaccise von 40 Kopeken per Pud Raffinadezucker angehoben und die Accise auf Sandzucker verdoppelt werden, d. h. auf 2 Rubel per Pud.

Australien. Londoner Blätter bringen Telegramme aus Samoa, denen zufolge dort wohnende englische Staatsangehörige von den Eingebornen angegriffen worden sind. Ein britisches Schiff ist nach Apia abgegangen.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

Göttingen, 2. Dez. [Orig.-Mitth.] Professor Woldemar Voigt, Direktor des hiesigen Physikalischen Instituts (Abtheilung für mathematische Physik), wird sich als Vertreter unserer Universität und der Gesellschaft der Wissenschaften nach Padua begeben zur 300jährigen Gedächtnißfeier Galilei's, die vom 4.—9. Dez. abgehalten werden wird. — Der Privatdozent Dr. Rümker ist aus der Zahl der hiesigen Privatdozenten in unserer philosophischen Fakultät ausgeschieden und hat sich an der Universität Halle habilitirt.

Gerichtsverhandlungen.

Koblenz, 1. Dez. Die bekannte Säbelaffäre vom 20. März d. J., bei welcher der Kommis Weimann von dem Lieutenant v. Salisch im Streite erstochen wurde, hatte gestern vor der hiesigen Strafkammer ein Nachspiel in Form einer Beleidigungsklage. Die Mutter des Getödteten, die Wittwe Weimann in Koblenz-Lützel, hatte am 8. Juli d. J. an den Lieutenant v. S. einen Brief geschrieben, worin die Frau, wie sie gestern sagte, „ihrem Herzen hätte Luft machen müssen". Der Brief, durch den sich der Lieutenant v. S. beleidigt gefühlt und wegen dessen Strafantrag gestellt hatte, kam zur Verlesung; er enthält allerdings Vorwürfe, die sich nicht wiedergeben lassen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 50 M. Der Vertheidiger der Privatbeklagten hob in seiner Rede hervor, daß durch die That namenloses Unglück über die ganze Familie hereingebrochen sei; der Brief stelle die Klägerin eines gepreßten Mutterherzens dar. Er frage das Gericht, ob es dem menschlichen Gefühl angemessen erscheine, gegen diese Mutter Strafantrag zu stellen? Das Gericht verurtheilte die Beklagte zu einer Geldstrafe von 30 M. Es erwog einerseits die sehr schweren Beleidigungen an sich, aber die hochgradige Erregung der Beklagten. (Nach der „Frkf. Ztg." ist Sek.-Lieut. v. Salisch, der am 20. März den Kaufmann Weimann auf der Straße im Streite mit dem Säbel erstochen hatte, deshalb zu einer Festungsstrafe von 1 Jahre verurtheilt worden war und diese Strafe auf 3 Festung Wesel angetreten hatte, begnadigt worden. Er steht gegenwärtig bei einem in Hamburg garnisonirenden Infanterie-Regimente.)

Prozeß Ahlwardt.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

V.

Berlin, 2. Dez.

Präsident Landgerichtsdirektor Brauseweiter eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung: Ich habe zwei Telegramme zurückbekommen. Der Zeuge Rahaus ist in Kiel nicht aufzufinden. — Ahlwardt: Dann beantrage ich, den Zeugen Noack nach dem Aufenthalt des Rahaus zu fragen. — Präs.: Auch die Zeugen Janssen und Thormälen in Hamburg sind nicht aufzufinden. — Ahlwardt: Janssen und Thormälen in Hamburg ist eine der größten Firmen, diese Herren müssen aufzufinden sein. — Bei dem Zeugenaufruf wird festgestellt, daß auch Arbeiter Breitschneider in seiner Wohnung nicht anzutreffen war. Es wird beschlossen, denselben noch einmal durch besonderen Boten zu laden. — Es wird alsdann zu dem Abschnitt der Anklage übergegangen, der von den gegen die königl. Büchsenmacher gerichteten Beleidigungen handelt. — Büchsenmacher Röhner bekundet, daß er mit Erlaubniß seiner vorgesetzten Behörde vom Mai bis Dezember 1890 für die Löwe'sche Fabrik, theils in derselben, theils bei sich zu Hause gearbeitet habe. Mit Erlaubniß der Meister habe er sich Handwerkszeug mit nach Hause genommen. Nachdem ihm von seiner Arbeit für das Arbeiten für die Löwe'sche Fabrik verboten war, wurde er von Meister Büttner aufgefordert, das Handwerkszeug zurückzubringen, er habe aber dieser Aufforderung nicht entsprochen. Er habe pro Stück bezahlt erhalten und im Ganzen von Mai bis Dezember 1890 etwa 300 Mark verdient. Das Bier, das die Büchsenmacher beim Frühstück getrunken, haben sie bezahlt, bisweilen haben auch die Meister Bier gegeben. — Präs.: Wodurch kam es, daß so viele Visire von den Gewehren abgesprungen sind? — Zeuge: Das kam daher, weil wir zu fest auf die Gewehre schlugen. Wir sollten die Visire nur durch leichte Schläge probiren, wir haben aber mitunter schwerer Schläge probirt. — Präs.: Weshalb schlugen Sie denn so heftig? — Zeuge: Wir waren ärgerlich, daß uns diese Arbeit aufgetragen war. — Verth.: Hat Jemand den Zeugen einen Befehl gegeben, leichter zu schlagen? — Zeuge: Nein. — Präs.: Im weiteren wird bekundet, daß Sie 1500 unkontrollirte Gewehre gestempelt haben? — Zeuge: Davon ist mir nichts bekannt. — Lieut. Kleinschmidt: Er habe nur ein einziges mal eine Kontroll-Visire nicht ordnungsmäßig befunden und deshalb habe er die in der Liste eingetragenen Gewehre noch einmal zum Beschuß bringen lassen. — Major Hannig: Ich will bemerken, daß ich den Befehl gegeben habe, leichter zu schlagen, damit die Visire nicht so vielfach herunterfallen und die Gewehrmantel nicht so sehr beschädigt wurden. Trotzdem wurde meinem Befehle nicht entsprochen, so daß noch etwa 15 000 Visire abplatzten. Allerdings war daran wohl auch zum Theil die zu heiße Löthung schuld. Ich habe die Direktion der Löwe'schen Fabrik auch darauf aufmerksam gemacht und es ist seitens derselben sofort eine entsprechende Aenderung eingetreten. Verth.: Ich konstatire, daß Herr Major Hannig den Befehl gegeben hat, leichter zu schlagen; Büchsenmacher Röhner ist diesem Befehle aber nicht nachgekommen und hat auch vorhin eidlich in Abrede gestellt, daß ein Befehl, daß nur leicht geschlagen werden solle, gegeben worden sei. — Präs.: Wem ertheilten Sie den Befehl zum Leichterschlagen, Herr Major? — Major Hannig: Dem ersten Revisionsbeamten. — Präs.: Danach ist es doch möglich, daß der Büchsenmacher Röhner von diesem Befehl keine Kenntniß erlangt habe. — Major Hannig: Darüber kann ich nichts sagen. — Büchsenmacher Röhner: Ich habe von einem solchen Befehle keine Kenntniß gehabt. — Oberstlieut. a. D. Kühn: Er könne versichern, daß zur Löthung der Visire das beste Material verwendet worden sei. Wenn die Visire abgesprungen seien, dann waren entweder die heftigen Schläge vielleicht auch das zu heiße Löthen, vielleicht auch die zur Zeit herrschende große Kälte daran schuld. — Oberst v. Flothow: Das Löthen gehe überhaupt keine volle Gewähr für Haltbarkeit. Jedenfalls sei das Löthungsmaterial in der Löwe'schen Fabrik ein sehr gutes gewesen. — Fabrikkommissar Streichert stellt aufs entschiedenste in Abrede, daß, wie der Angeklagte behauptet, 6000 Gewehre aus Spandau wegen schlecht gelötener Visire zurückgekommen seien.

Büchsenmacher Holz bekundet: Er habe ebenfalls vom Mai bis Dezember 1890 mit Erlaubniß seiner vorgesetzten Behörde für die Löwe'sche Fabrik gearbeitet und während dieser Zeit im ganzen etwa 3—400 M. verdient. Er stelle entschieden in Abrede, irgendwie bestochen worden zu sein und wisse nichts von nicht zum Schuß gekommenen gestempelten Gewehren. — Schreiber Scharffe hält dem Zeugen vor, daß die Meister die Büchsenmacher täglich mit Bier und Cigarren traktirt hätten. — Holz: Das bestreite ich ganz entschieden, hin und wieder hat Meister Stangenberg eine Flasche Bier gegeben, von weiteren Traktirungen kann aber keine Rede sein. — Scharffe: Ich kann mir denken, daß Stangenberg sich eigens einen Eisschrank behufs Aufbewahrung des Bieres hat machen lassen. Stangenberg hat mindestens 20—30 Flaschen Bier täglich an die Büchsenmacher gegeben. 10—20 Flaschen sind es wenigstens gewesen. — Staatsanwalt: Ich mache darauf aufmerksam, daß der Zeuge Scharffe unter seinem Eide erst 20—30 Flaschen, alsdann wieder 10—20 Flaschen sagte. — Zeuge Holz bemerkt, daß er die Angaben des Scharffe entschieden in Abrede stellen müsse. — Der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Munckel, fragt, ob Sanitätsrath Dr. Neumann sich auf einige Zeit entfernen könne. — Präs.: Könnten wir denn nicht überhaupt auf die Vernehmung der Zeugen, die über Zwecke und Ziele der Alliance israelite universelle aussagen sollen, verzichten? — Staatsanw.: Ich habe bereits gestern bemerkt, daß ich auf die Vernehmung dieser Zeugen keinen Werth lege, da Herr Löwe eidlich bekundet hat, daß er von der erwähnten Alliance keinerlei Auftrag erhalten hat. Danach kann es uns absolut nicht interessiren, welche Zwecke und Ziele die Alliance verfolgt. — Verth.: Ich verzichte ebenfalls auf die Zeugen, nachdem die Ladung unserer Zeugen abgelehnt worden ist. Ahlwardt: Ich verzichte auch auf die Vernehmung der Zeugen, behalte mir aber vor, den Antrag auf Ladung der gestern vorgeschlagenen Gegenzeugen noch einmal zu stellen. — Rechtsanwalt Munckel: Ich kann auf die Vernehmung der Herren Professor Dr. Lazarus und Sanitätsrath Dr. Neumann nicht verzichten. — Der Gerichtshof beschließt, diese Zeugen zu morgen zu laden. Es erscheint alsdann als Zeuge Untersuchungsrichter, Landrichter Dr. Jungk. — Staatsanwalt: Ich habe den Herrn Untersuchungsrichter als Zeugen geladen, da der Herr Vertheidiger am ersten Tage der Verhandlung die Aeußerung that, die Untersuchung sei einseitig geführt worden. — Staatsanw.: Im übrigen ist die Behauptung aufgestellt worden, es sei mit eine Denunziation gegen Löwe und Kühn eingereicht worden; ich habe die eingehendsten Ermittelungen angestellt und kann versichern, daß mir von einer solchen Strafanzeige nichts bekannt geworden ist. Ich frage den Herrn Untersuchungsrichter, ob ihm von einer solchen Strafanzeige etwas bekannt ist? — Zeuge: Nein. — Ahlwardt: Ich bemerke, daß ich in der Strafanzeige allerdings nicht die Namen Löwe und Kühn angegeben habe, daß ich aber ein solches Schreiben abgesandt, darüber habe ich einen Postschein. — Präs.: Mit einer Strafanzeige, in der diejenigen, gegen welche dieselbe erstattet, nicht angegeben sind, ist doch nichts anzufangen? — Verth.: Ich habe auch längere Zeit bei der Staatsanwaltschaft gearbeitet und weiß, daß anonyme Denunziationen ebenso wie alle anderen behandelt werden. Im übrigen ist aber die Broschüre, ehe sie der Oeffentlichkeit übergeben wurde, dem Herrn Polizei-Präsidenten eingereicht worden. Der Herr Polizeipräsident hat dieselbe Pflicht wie die Staatsanwaltschaft, gegen ihr angezeigte Verbrechen einzuschreiten. Ich beantrage die Ladung des Herrn v. Langen, der im Auftrage des Angeklagten die Broschüre dem Polizeipräsidenten eingereicht hat. Herr v. Langen wird bekunden, daß der Polizeipräsident diesem die Zumuthung gemacht hat, die Sache todtzuschweigen, da dies sonst zu viel Skandal in der weiteren Oeffentlichkeit machen würde. — Staatsanwalt: Ich beantrage auch die Ladung des Herrn Polizeipräsidenten v. Richthofen. Dieser wird bekunden, daß Herr von Langen ihn aufgefordert, die Broschüre zu unterdrücken. Der Herr Polizeipräsident hat jedoch Herrn von Langen bedeutet, daß er eine noch nicht erschienene Broschüre nicht unterdrücken könne. Als der Herr Polizeipräsident später den Namen Ahlwardt auf der Broschüre sah, sagte er: er wolle mit der Sache überhaupt nichts zu thun haben. — Der Gerichtshof beschließt: den Polizeipräsidenten Freiherrn v. Richthofen und Herrn v. Langen als Zeugen zu laden. — Der Untersuchungsrichter, Landrichter Dr. Jungk, bekundet alsdann, daß er die Untersuchung in unparteiischer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18921203010/fragment/page=0002

Weise geführt und in jeder Beziehung das Interesse des Angeklagten wahrgenommen habe.

Zeuge Meister Stangenberg wird einem sehr eingehenden Verhör unterworfen. Er stellt entschieden in Abrede, daß 1500 nichtzum Schuß gekommene Gewehre heimlich gestempelt worden seien, daß mit seinem Wissen und Willen eine zweite Scheibe bei den Aufnahmen eingesetzt worden sei, daß die kgl. Büchsenmacher bestochen worden seien, bezw. mit Bier u. s. w. traktirt worden seien. Unregelmäßigkeiten einzelner Arbeiter seien allerdings vorgekommen, die bete. Arbeiter seien aber zur Anzeige gebracht und bestraft worden. Die Herren Löwe und Oberstlieutenant Kühn hatten von den Unregelmäßigkeiten keinerlei Kenntniß. Er habe verschiedene Summen an die königl. Büchsenmacher für der Firma Löwe geleistete Arbeiten zu zahlen gehabt, aber keineswegs die Absicht gehabt, eine falsche Buchung zu veranlassen. Aus der weiteren Vernehmung des Zeugen geht nicht klar hervor, ob er sich mehr Gelder zur Bezahlung der Büchsenmacher habe auszahlen lassen, als die Büchsenmacher zu bekommen hatten. Nachdem die Broschüre erschienen, sei er zur Herauszahlung eines Theiles angeblich zuviel gezahlter Gelder von der Firma Löwe aufgefordert worden, auch deshalb auf einige Zeit aus der Fabrik entlassen gewesen, er bestreite aber, daß er nicht unrechtmäßig Gelder erhoben habe. — Staatsanwalt: Diesen zweifellos dunklen Punkt werde ich vielleicht in einem besonderen Verfahren aufklären können, denn es macht auf mich den Eindruck, als hätte sich der Zeuge gegen die Firma Löwe des Betruges schuldig gemacht. — Vertheidiger Scharffe behauptet wiederholt, daß ihm Stangenberg aufgetragen habe, eine zweite Scheibe einzusetzen, daß er von Stangenberg aufgefordert wurde, die Bezahlungen an die Büchsenmacher derart zu buchen und klein zu schreiben, daß es nicht gelesen werden könne und daß Stangenberg die Büchsenmacher vielfach mit Bier, Aalen u. s. w. traktiert habe. — Stangenberg stellt dies alles aufs entschiedenste in Abrede. Er sei früher Beamter in der königl. Gewehrfabrik in Spandau gewesen und habe deshalb mit den königl. Büchsenmachern als früherer Kollege etwas kordial verkehrt.

Der Präsident theilt alsdann mit: Es sind mir wiederum mehrere anonyme Briefe zugegangen, in denen ich zumeist belehrt werde. Ich kann selbstverständlich solchen Wischen keinerlei Beachtung schenken. Solch' feige Subjekte, die nicht einmal den Muth haben, ihren Namen zu nennen, können selbstverständlich auch für ihre Briefe keine Beachtung verlangen.

Es erscheint hierauf als Zeuge General z. D. von Kretzschmann. Oberst-Lieutenant von Gößnitz erklärt: Das Kriegsministerium habe amtlich festgestellt, daß das 7. Armeekorps keine Löwe'schen Gewehre hatte. Es wird infolgedessen allerseits auf die Vernehmung des Generals v. Kretzschmann verzichtet.

Alsdann wird der Königliche Büchsenmacher Klett vernommen. Dieser stellt in Abrede, daß er nicht angeschossene Gewehre heimlich gestempelt oder sich irgendwie habe bestechen lassen. — Meister Leschke stellt ebenfalls in Abrede, daß er irgend eine strafbare Handlung begangen habe oder eine solche zu seiner Kenntniß gekommen sei. Scharffe habe er allerdings einmal bei einer falschen Umringelung betroffen, dies demselben aber sofort streng verboten. Scharffe giebt dies als richtig zu. Leschke sei der Nachfolger Stangenberg's gewesen, letzterer aber habe die falsche Umringelung anbefohlen. — Stangenberg bestreitet das ganz entschieden.

Lieut. Kleinschmidtbek undet: Die Umringelung sei, so lange er das Kommando über den Scheibenstand hatte (bis Oktober 1890) von Gefreiten vorgenommen worden. Löwe'sche Scheiben seien nur bisweilen zur Aushilfe herangezogen worden. — Vertreter der Nebenkläger, Justizrath Gerth: Es wäre doch sehr gut, wenn genau festgestellt werden könnte, wie lange die Anordnung bestand, daß nur Gefreite die Umringelung vornehmen durften und Löwe'sche Scheiben nur in besonderen Fällen zur Aushilfe herangezogen worden seien. — Major v. Gößnitz theilt weiter mit: Das Kriegsministerium habe bei der Polizeibehörde in Dortmund angefragt, ob dort ein gestohlenes Gewehr 88 einmal angehalten worden sei. Die Polizeidirektion in Dortmund habe geantwortet, daß ihr nichts derartiges bekannt geworden sei.

Arbeiter Meinas bekundet: Er sei vom 2. Februar 1890 bis 10. Novbr. 1891 bei Löwe gewesen und wegen Arbeitsmangels entlassen worden. Er sei speziell mit der Bedienung des Scheibenstandes betraut gewesen. Es seien einige male irrthümlich falsche Umringelungen vorgekommen, dies sei aber sofort gemeldet worden. Von weitern falschen Umringelungen wisse er nichts. Einige male sei von Unteroffizieren eine zweite Scheibe eingesetzt worden. Die Unteroffiziere forderten ihn auf, die zweite Scheibe aufzuheben. Diese Scheiben holten sich die Unteroffiziere ab, angeblich um sie sich zum Andenken aufzubewahren. Wenn die Unteroffiziere diese Scheiben nicht abholten, so habe er dieselben vernichtet. — Präs.: Sie haben also die zweiten Scheiben stets vernichtet, wenn dieselben die Unteroffiziere nicht abholten? — Zeuge: Jawohl. — Major Hannig: Ich habe bereits bemerkt, die von dem Zeugen Scharffe bekundete falsche Umringelung könne nur vorgekommen sein, wenn mehrere bei den Scheibenständen beschäftigt gewesene Personen zusammengewirkt haben. — Vertr.: Sind Sie jetzt wieder bei Löwe beschäftigt? — Zeuge: Jawohl. — Vertr.: Ist Ihnen von Jemanden für Ihr Zeugniß Geld angeboten worden? — Zeuge: Nein. — Vertr.: Dann stelle ich an die Herren Löwe und Kühn die Frage, ob sie die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt haben, um auf deren Zeugniß einen Einfluß auszuüben? — Kühn und Löwe stellen dies entschieden in Abrede. — Oberstl. z.D. Kühn bemerkt: Die Aufnahme und Entlassung von Arbeitern ist Sache der Meister. — Ahlwardt: Das kann nicht stimmen, der Herr Oberstlieutenant sagte uns bereits, daß er alle diejenigen Arbeiter, die am 1. Mai 1890 nicht arbeiteten, entlassen habe. — Oberstl. Kühn: Ich war von der Militärbehörde aufgefordert, diese Arbeiter zu entlassen und habe deshalb selbstverständlich den Meistern entsprechende Ordre gegeben. — Ahlwardt: Dann stelle ich an Herrn Löwe die Frage, ob von ihm oder Anderen Arbeitern Geld geboten worden ist, ins Ausland zu gehen, damit diese hier nicht als Zeugen auftreten können? — Löwe: Ich habe davon absolut keine Kenntniß. — Arbeiter Knauerhase weiß ebenfalls von strafbaren Vorgängen in der Löwe'schen Fabrik nichts zu bekunden.

Nach einer kurzen Pause wird der Oberbürgermeister a. D. Weber, Generalvertreter von Bleichröder in den Saal gerufen. — Ahlwardt: Ich bitte den Herrn Oberbürgermeister gemeinschaftlich mit Herrn von Schwerin zu vernehmen. — Präs.: Wir können die Zeugen doch nur so vernehmen, wie sie erscheinen. Wenn Sie derartige Anforderungen stellen, dann hätten Sie die Ladung der Zeugen bei Zeiten beantragen müssen. Aber sowohl Sie als Ihr Vertheidiger beobachten ein ungemein rücksichtsloses Verfahren gegen den Gerichtshof. Herr Oberbürgermeister, der Angeklagte behauptet, daß Sie und Herr v. Bleichröder auf hier zu vernehmende Zeugen Einfluß ausgeübt haben? — Zeuge: Das stelle ich ganz entschieden in Abrede. Es ist bekanntlich von dem Angeklagten auch gegen Herrn von Bleichröder eine Broschüre erschienen. Herr von Bleichröder, dessen Generalbevollmächtigter ich bin, überlegte, ob er dagegen vorgehen wolle, kam jedoch zu dem Beschluß, daß es gegenüber allen anständigen Leuten unnöthig sei, sich gegen diese Broschüre zu vertheidigen und gegen den Mann, der nur seine volle Verachtung verdiene, vorzugehen. Trotzdem kamen eine ganze Anzahl Leute zu mir, die mir Material gegen Ahlwardt anboten, ich habe jedoch, im Einverständniß mit Herrn v. Bleichröder, dies alles zurückgewiesen. — Ahlwardt: Ist dem Zeugen bekannt, daß an die Buchhandlung von Grotingen Gelder gegeben worden sind, um ehemalige Löwe'sche Arbeiter ins Ausland zu schicken oder sie zur Zurücknahme ihres Zeugnisses zu veranlassen? — Zeuge: Davon weiß ich absolut nichts. — Präs.: Kennen Sie den ehemaligen Kriminalkommissar v. Schwerin? — Zeuge: Jawohl. Dieser Mann schrieb vor einigen Jahren in der bekannten Kroner'schen Angelegenheit eine Broschüre gegen Herrn v. Bleichröder und machte mittelst derselben einen Erpressungsversuch. Er wurde deshalb zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. Nachdem der Mann aus dem Gefängniß entlassen war, trat er wieder an Herrn von Bleichröder mit der Bitte heran, ihn zu unterstützen, da es ihm schlecht gehe. Herr v. Bleichröder lehnte jedoch dies Ansinnen ab. Bald darauf kam ein Mann Namens Weiß zu mir und theilte mir mit: Ahlwardt wolle eine neue Broschüre gegen Herrn v. Bleichröder mit dem Titel: „Jude und Edelmann" schreiben und damit einen neuen vernichtenden Schlag gegen Herrn v. Bleichröder führen. Das Material dazu habe v. Schwerin, dem es Ahlwardt abkaufen wolle. v. Schwerin wolle aber mir den Vorzug geben, ich sollte, wenn ich das Material erstehen wolle, bei dem Rechtsanwalt Goldschmidt erscheinen. Ich versprach zu Goldschmidt zu kommen und mir das Material anzusehen. Nachdem ich das Material durchgesehen, erklärte ich dem Schwerin, daß ich das Material nicht kaufen wolle. Dann wird es ein antisemitisches Komitee oder Ahlwardt kaufen, verletzte Schwerin. Ich habe nichts dagegen, antwortete ich. Ich hatte, gleich dem anwesenden Herrn Gerichts-Assessor Fuchs, die Ueberzeugung, daß es sich nur um eine Erpressung handelte.

Schlächter Bordes: Es haben bei ihm verschiedene Löwe'schen Arbeiter verkehrt, die davon erzählten, daß bereits 5000 Ausschußläufe auf Lager seien. — Präs.: Ist gesagt worden, wozu diese Ausschußläufe verwandt wurden? — Zeuge: Ich nahm an, daß sie zu staatlichen Gewehren verwandt würden. — Präs.: Haben Sie irgend welche Anhaltspunkte dafür? — Zeuge: Nein. — Ahlwardt: Sie haben doch einmal in einer Versammlung erzählt, Herr Löwe wollte in der Markthalle einen entlassenen Arbeiter wieder einstellen, damit dieser nicht gegen ihn aussage? — Zeuge: Ich weiß aber nicht, wo der Mann wohnt. — Ahlwardt: Wie hieß dieser Mann? — Zeuge: Der Mann hieß Weber.

Arbeiter Wallmann bekundet, daß er auf Veranlassung eines Meisters alle Gewehrhülsen mit neuen vermischt habe. — Major Hannig bemerkt: Es sei kaum denkbar, daß eine solche Mischung nicht sofort bei der Abnahme entdeckt worden wäre. — Präs.: Wissen Sie nun noch etwas? — Zeuge: Ich habe zwei Töchter, die haben beide Unteroffiziere zu Bräutigams. Da sagte einmal ein Unteroffizier zum andern: „Mit Euren Löwe'schen Gewehren, die knarren taugen ja nichts." — Vertr.: Haben die Unteroffiziere gesagt, weshalb die Löwe'schen Gewehre nichts taugen. — Zeuge: Nein.

General-Major v. Kleckel bekundet: Er sei seit 1858 bei der Gewehr-Fabrikation, und seit 1890 Vorsitzender der Revisions-Abnahme-Kommission der Löwe'schen Gewehre. Er könne bekunden, daß die letzteren sowohl bezüglich ihres Materials als auch ihrer Herstellung allen Anforderungen entsprechen. — Vertr.: Können Sie dies Urtheil bezüglich aller 425,000 in der Löwe'schen Fabrik hergestellten Gewehre abgeben? — Zeuge: Das ist selbstverständlich.

Lieut. Spangenberg und Lieut. v. Drygalski bekunden übereinstimmend: Es sei unwahr, daß einmal 6000 Löwe'sche Gewehre von Spandau wegen Unbrauchbarkeit zurückgesandt worden seien. Kleine Fehler habe der Oberbüchsenmacher Kirch, der dafür von Löwe bezahlt worden sei, mit Erlaubniß seiner vorgesetzten Behörde ausgebessert. — Major Heise bekundet, daß einmal eine Anzahl Löwe'scher Gewehre zurückgeschickt worden seien, weil die Schloßtheile verrostet waren. — Hauptmann Klopsch und Major Hannig bestätigen das mit dem Bemerken, daß einmal der Anfertiger der Schloßtheile schweißige Finger gehabt haben müsse und daß außerdem nicht ganz säurefreies Fett verwendet worden sei. Die Leiter der Fabrik haben auch diesem Uebelstande sofort Rechnung getragen. — Major Hannig und Premier-Lieutenant Unverdruß stellen in Abrede, daß Oberbüchsenmacher Kirch jemals einen Verweis erhalten habe. Sie können demselben nur in jeder Beziehung das beste Zeugniß ausstellen. Kirch sei ein gewissenhafter Beamter. — Premier-Lieutenant Stolle bekundet: Er habe niemals wahrgenommen, daß eine zweite Scheibe eingesetzt worden sei, wenn das vorgekommen, so könne dies nur sehr selten geschehen sein. — Pferdebahnschaffner Richter bekundet auf Befragen des Präsidenten: Eines Abends sei er die Landsberger Allee hinausgefahren. Es habe an jenem Abend gerade im Böhmischen Brauhause eine Antisemitenversammlung stattgefunden, in der Ahlwardt über die Judenflinten sprach. Da er kurz vorher als Unteroffizier eine Landwehrübung mitgemacht und Gelegenheit hatte, den demoralisirenden Einfluß der Judenflinten-Broschüre kennen zu lernen, so habe er Veranlassung genommen, drei Kriminal-Schutzleuten, die mit ihm auf der Pferdebahn fuhren, zu sagen, daß er die Erfahrung gemacht, daß die Löwe'schen Gewehre ganz vorzüglich seien. — Präs.: Inwiefern hat die Judenflinten-Broschüre demoralisirend gewirkt? — Zeuge: Viele Soldaten sagten, wenn sie schlecht geschossen hatten: es ist ja bekannt, daß die Löwe'schen Gewehre nichts taugen. — Ahlwardt: Ich ersuche den Zeugen, die drei Kriminalschutzleute zu nennen. Diesen hat er nämlich das gerade Gegentheil erzählt. Die Schutzleute haben sich das auch auf ihre Mancheiten mit Bleistift notirt. — Präs.: Aber, Angeklagter, wohin soll es wohl führen, wenn wir jede Unterhaltung in der Pferdebahn zum Gegenstande der Verhandlung machen wollen? — Pferdebahnschaffner Richter: Ich bemerke, daß ich die Kriminal-Schutzleute nicht kenne, ich habe aber diesen dasselbe gesagt, was ich hier bekundet habe. Es ist ja möglich, daß die Schutzleute mich mißverstanden haben. — Oberbüchsenmacher Kirch bekundet, daß während der ganzen Zeit, wo er zur Abnahme-Kommission in Spandau gehöre, 2 Gewehre aus Martinickenfelde gekommen seien, bei denen der Schaftstempel gefehlt habe. — Vertr.: Ich werde morgen den Beweis führen, daß Arbeiter Krehan, dessen Aufenthalt nicht zu ermitteln sei, mittelst Judengeld abgeschoben worden sei, damit er hier nicht Zeugniß ablegen könne. — Die Verhandlung wird danach auf Sonnabend vormittag 9 Uhr 30 Min. vertagt.

Provinzial-Nachrichten.

Gardelegen, 2. Dez. Die wegen des Unwohlseins des Kaisers kürzlich verschobene Letzlinger Hofjagd findet nun, einer hierher gelangten Nachricht zufolge, am 16. und 17. d. statt.

Erfurt, 2. Dez. Heute früh brannte die Bindfadenfabrik von F. C. Groß hier nieder. Der Schaden wird auf 300,000 M. geschätzt. Das Feuer entstand früh gegen 3 Uhr. Die mit leicht entzündbarem Material angefüllten Fabrikgebäude brannten vollständig aus und stürzten in sich zusammen. Das Feuer war besonders gefährlich, weil heftiger Sturm herrschte, der die Funken bis in die Nachbarorte trug. Gegen 5 Uhr war das Feuer gelöscht.

Leipzig, 2. Dez. [Drig.-Mitth.] Der auf der Thüringer Bahn beschäftigte 62 jährige Vorarbeiter Schaf fuhr mit dem 6,40 von hier abgehenden Personenzuge nach Wahren, um sich nach seinem Heimathsdorfe Lindenthal zu begeben. Etwa 400 m von der Haltestelle entfernt, tauchte plötzlich ein Mann auf, der ihm rasch einen Sack über den Kopf warf. Der alte Mann wurde trotz verzweifelter Gegenwehr in den Straßengraben gedrängt und seiner Baarschaft von 24 M. beraubt, die er eben erst in Leipzig als Arbeitslohn erhoben hatte. Die Behörden sind einem mehrfach vorbestraften Menschen auf der Spur, der der That dringend verdächtig erscheint.

Vermischtes.

Prinz Karl von Bayern. Gestern nacht traf ein Telegramm in München ein, wonach Prinz Karl, dessen heimlicher Ausflug ins Gebirge zu vielen Redereien Anlaß gab, von Schwandorf zurückkehren wird. In Schwandorf traf er nach der einen Lesart zu Fuß, nach der anderen zu Pferde ein. Er hatte nur geringe Baarmittel mitgenommen. (Nach dem Bureau Herold hat sich der Prinz in Schwandorf infolge einer Erkältung ins Krankenhaus begeben müssen.)

Ein Moltke als Komponist. Im Armee-Verordnungsblatt macht der Kriegsminister bekannt, daß nach einer Anordnung des Kaisers der von dem Major Grafen v. Moltke — vom Leib-Kürassier-Regiment Großer Kurfürst (schlesisches) Nr. 1 — komponirte Marsch „Des Großen Kurfürsten Reitermarsch" unter die Zahl der Armeemärsche aufgenommen worden sei und von dem Trompeterkorps des genannten Regiments beim Parademarsch im Schritt geblasen werden solle.

Der indische Augenarzt Goolam Kader ist Anfang dieser Woche in München eingetroffen, um dort seine bedeutende Praxis fortzusetzen. Er hatte den dortigen Zeitungen pomphaft klingende Anzeigen zugehen lassen, in denen diese Empfehlungen von angeblich in Berlin geheilten u. und durch ihre lobende Aussagen Personen mitgetheilt waren; doch hat die Münchener Presse einmüthig diese Klapperei zurückgewiesen. Lange dürfte Goolam Kader in der bayerischen Hauptstadt nicht bleiben, da auch die dortige Polizei seinem Wirken die liebevollste Aufmerksamkeit widmet. — Wie die „Münchner N. N." mittheilen, wurde Goolam Kader alsbald nach seiner Ankunft in München von dem Sicherheitskommissar Hager aufsindig gemacht und von der k. Polizeidirektion aus München ausgewiesen. Er mußte schon am Donnerstag abend 6 Uhr München verlassen. Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein!

Schiffsunfälle. Der Gaffelschuner „Anna" ist gestern nach, wie aus Lübeck gemeldet wird, bei einer Schneehoe an der mecklenburgischen Küste in der Nähe von Bohrendorff gestrandet. — Nach Berichten aus Kopenhagen scheinen im Kattegat und Skagerak infolge der andauernden stürmischen Witterung mehrere Schiffsunfälle stattgefunden zu haben. Das Fischerfahrzeug „Dagmar" hat die aus 12 Mann bestehende Besatzung der Barke „Alexander L", die auf dem Lysegrund gestrandet und gesunken ist, gerettet und in Helsingör an das Land gesetzt. — Wie der aus Buenos-Aires zurückgekehrte Kapitän des Dampfers „Neapolitaine" berichtet, überraschte ihn bei Buenos-Aires ein starker Cyclon. Sieben Schiffe mit der gesammten Mannschaft sollen untergegangen sein; zwölf andere Schiffe werden vermißt. Ein englisches Kriegsschiff ist schwer beschädigt worden.

Personalnachricht. Der amerikanische „Eisenbahnkaiser" Jay Gould ist gestern vormittag 10 Uhr gestorben. Jay Gould, geb. zu Roxbury (Staat New York) als Sohn eines in sehr beschränkten Verhältnissen lebenden Farmers, war nacheinander Lehrling in einem Eisengeschäft, Geometer und Theilhaber einer Gerberei in Pennsylvanien, warf sich 1859 auf den Eisenbahnaktienschwindel, indem er damit anfing, einige kleine Lokalbahnen zu „finanziren" und kam durch glückliche Börsenspekulationen und sein zuerst bei der Eriebahn in großem Maßstabe angewandtes Auslaugungssystem zu einem riesigen Vermögen. Er war auch Hauptleigenthümer der „New York Tribune."

Fernsprech-Nachrichten.

Berlin, 3. Dez., vorm. 7¼ Uhr.

Berlin. Der Finanzminister Dr Miquel ist der „Vossischen Ztg." zufolge von einem leichten Unwohlsein befallen und war daher verhindert, an der gestrigen Sitzung der Steuer-Kommission des Abgeordnetenhauses theilzunehmen.

Hadersleben. In Scharebeck beschlossen dem „B. T." zufolge 141 Vertreter der Protestpartei die Gründung eines allgemeinen dänischen Schulvereins.

Letzte Telegramme.

Budapest, 3. Dez. Im Kohlenreviere der Oesterreichisch-Ungarischen Staatsbahn streiken nahezu 3000 Arbeiter. In den Streik-Bezirk ist Militär abgesandt.

London, 3. Dez. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Tanger vom 2. d. gemeldet: Gestern abend sind bei einer Streitigkeit zwischen vier Europäern und einer marokkanischen Polizei-Patrouille ein Engländer todtgeschossen und ein Spanier verwundet worden. Heute hielten die hier anwesenden Europäer eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, die europäischen Vertreter aufzufordern, von ihren Regierungen die Bildung eines internationalen Polizeicorps zu verlangen.

Sofia, 2. Dez. Die „Bulgarie" verzeichnet ein Gerücht, wonach der Regierung die Absicht einiger Verfassungs-Aenderungen zugeschrieben wird, und fügt hinzu, die Sobranje hätte sich für oder wider die Zweckmäßigkeit der geplanten Aenderungen auszusprechen. Im bejahenden Falle würde die Sobranje die Einberufung einer Konstituante für den Mai nächsten Jahres beschließen. Die „Swoboda" giebt die Existenz eines derartigen Gerüchtes zu, bemerkt aber, die Regierung habe noch keine Schritte in diesem Sinne unternommen.

Handels- und Verkehrs-Nachrichten.

— Zuckerraffinerie Halle. Die Gesellschaft verarbeitete nach dem heute ausgegebenen Geschäftsbericht in der Campagne 1891/92 in der Fabrik am Bahnhofe 192,638,79 D.-Ctr., in der am Hospitalplatze 374,928,55 D.-Ctr., zusammen 567,567,34 D.-Ctr. Rohzucker, die höchste bisher erreichte Ziffer. Der Bericht bemerkt: Kaum jemals hat die deutsche Raffinations-Industrie so schwierigen und ungünstigen Verhältnissen gegenübergestanden, wie sie sich im Laufe dieses Geschäftsjahres herausbildeten. Die Ungunst der Verhältnisse wurde dadurch noch verschärft, dass im Hinblick auf das am 1. Aug. 1892 in Kraft tretende, eine Verbilligung des Zuckers in sich schliessende neue Zuckersteuer-Gesetz, die Raffinerien bestrebt sein mussten, ihre alten Vorräthe in fortwährendem Wettbewerbe schnell zu räumen, während anderseits der Kundschaft dadurch eine grosse Zurückhaltung geboten erschien. Die Abschreibungen sind in der statutenmässigen Höhe ausgeführt. Nach Abzug der Abschreibungen ergiebt sich ein Reingewinn von 169,810,34 M. (im Vorjahre 237,833 M.). Daraus sollen, wie schon bekannt, 180,000 M. als 6 Proz. Dividende vertheilt werden. Die nach Abzug der Tantièmen von 7611,28 M. verbleibenden 11.999,06 M. werden vorgetragen. Hinsichtlich des neuen Geschäftsjahres liegen die Verhältnisse insofern ähnlich wie 1891/92, als der deutsche Rübenzucker-Ertrag — soweit sich dies jetzt übersehen lässt — nur ein dem letztjährigen an Ertrage entsprechendes Ergebniss zu liefern scheint. Das neue Zuckersteuer-Gesetz wird hoffentlich auf das Resultat des Inlands geschäfts im allgemeinen günstig einwirken.

Wasserstände. (+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel.	1. Dez.	+0,18	2. Dez.	+0,18	—	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,20	„	+2,22	—	2
do. Unterpegel	„	-0,60	„	-0,59	10	—
Halle, Unterbaupt . .	2. Dez.	+1,6	3. Dez.	+1,52	—	—
Trotha, do. . . .	„	+1,14	„	+1,14	—	* —
Alsleben, Oberpegel .	1. Dez.	+2,21	2. Dez.	+2,20	1	—
do. Unterpegel .	„	+0,80	„	+0,78	2	—
*Kalbe, Oberpegel . .	„	+1,24	„	+1,26	—	2
do. Unterpegel . .	„	-0,22	„	-0,22	—	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.							
	Dez.	Fall	Wuchs		Dez.	Fall	Wuchs
Budweis . . .	1. -0,60	—	—	*Torgau . . .	2. + 0,0	3	—
Prag	„ -0,53	—	6	*Wittenberg . .	„ + 0,53	—	1
Jungbunzlau . .	„ -0,30	—	—	*Roslau . . .	„ + 0,09	1	—
Laun	„ -0,47	—	—	*Barby	„ + 0,22	4	—
Parchatitz . .	„ -0,40	5	—	*Magdeburg . .	„ + 0,52	8	—
Brandeis . . .	„ —,—	—	—	*Tangermünde .	„ + 0,76	6	—
Melnik	„ -0,54	—	4	*Wittenberge .	„ + 0,43	10	—
Leitmeritz . .	„ -0,65	—	5	*Dömitz Pegel .	„ + 0,02	—	2
Aussig	„ +0,57	—	12	*Lauenburg . .	„ + 0,11	5	—
Dresden . . .	2. -1,58	—	16				

Am 1. Dez. 1892: Melnick Temperatur sonnig.
Am 2. Dez. 1892: Barby eisfrei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18921203010/fragment/page=0003

Baar-Verkauf.

Fernsprecher 533.

E. Pinthus

Feste Preise.

Elektr. Beleuchtung.

Halle a. S., **Markt**, Ecke Kleinschmieden.

In allen Abtheilungen meines Verkaufshauses sind zu

Weihnachtsgeschenken

geeignete Waaren in weitgehendster Auswahl

zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausgelegt.

Grösste Auswahl in sämmtlichen Wollwaaren und Strumpfwaaren.
Tricottaillen,
Tricotkleidchen,
Tricotagen,
Strickjacken,
Jagdwesten,
Schulterkragen,
Kopf-, Concert- und Taillen-Tücher,
Strümpfe, Capotten,
Wollene Röcke,
Reisedecken,
Schlafdecken,
Bettvorleger,
Pelzmuffen u. Boas in allen Qualitäten.

Grösste Auswahl in
Handschuhen,
Cravatten,
rein seidene Tücher,
Gummi-Wäsche,
Oberhemden,
Kragen,
Chemisetts,
lein. Taschentücher,
Shawltücher,
Halstücher,
Hosenträger,
Gardinen u. Stores,
Schürzen, Schleifen,
Corsets,
Regenschirme,
Bettdecken.
Tapisseriewaaren.
Japan-Waaren.

Bedeutend unter Preis empfehle einen Gelegenheits-Posten reinwollene Hautjacken und Beinkleider für 2 M., sonst 4 M., ebenso einen Posten Damenwesten für 1 M. und 1,25 M., sonst das Doppelte. Aufgezeichnete leinene Decken von 8 Pfg. an in grosser Auswahl.

Meine rühmlichst bekannten **Strickgarne** bringe zu **bedeutend ermässigten** Preisen in Erinnerung.

☛ **Wohlthätigkeitsvereinen ganz besonders ermässigte Preise.** ☚

UNIVERSAL-UNTERKLEIDER Vor Nachahmung gesetzlich geschützt. Nur echt mit dieser Schutzmarke.

Sanitätsrat Dr. Pfilfinger's

Universal-Unterkleidung

Durch Reichsgesetz geschützt, im Ausland patentirt übertrifft *wegen ihres eigenartigen Gewebes alle Unterkleider der Neuzeit, geht in der Wäsche nicht ein, ist dauerhaft, angenehm weich und dabei billig.*

Für

alle Jahreszeiten das Beste.

Alleinige Fabrikanten:
Mattes & Lutz, Besigheim (Württbg.).
Niederlage in Halle bei: Alex. Blau, Leipzigerstr. 102.

Schalltrichter

für Fernsprecher empfiehlt
Wilhelm Boehr,
Fernspr. 505.

Magazin feiner Brillanten und Juwelen
Nouveautés in Armbändern, Kotton, Shawlbroschen
Corallen, Medaillons, Granaten.
L. A. Gündel, Juwelier
Petersstr. 20, LEIPZIG, Hôtel Russie.
Atelier für Reparaturen
Fabrikationslager massiver Ringe, Bestecks! Ganze Silberausstattungen
Jubiläums-, Hochzeits-, Pathengeschenke.
Uhren.

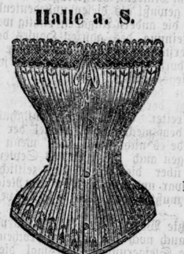
Für Damen passende Weihnachts-Geschenke empfiehlt die

Special-Corset-Fabrik

Bernhard Häni,

12 Schmeerstrasse. Halle a. S. Schmeerstrasse 12.

Damen-Corsets, beste Qualität, von Mk. 1 an,
Brüsseler Corsetten — Marke P. D. — grosse Auswahl und Neuheiten,
Corsets für Magenleidende,
Gesundheitscorsets aus Dr. Jäger's Normalstoff, einzige Fabrikation am Platz,
Umstandscorsets,
Normal- und Nährcorsets,
Umstandsleibbinden (ärztlich sehr empfohlen),
Hygiëa- (Holzwolle-) Binden,
Dianagürtel (Monatsverband).
Orthopädische Stützcorsets und Geradehalter,



praetische Kinder-Corsetchen,
Backfisch-Corsets und Leibchen,
Spickel-Corsets,
Mieder und Schnürleiber,
Einlagen und Maskirungen hoher Schulter und Hüfte,
„Corset Plastik" für zart gebaute Damen,
Corsetschoner und Jäckchen,
Kniewärmer u. wollene Wickelbinden,
gestrickte Leibbinden,
Leibbinden aller Arten und Systeme,
Corsetfedern und Fischbein,
Strumpfhalter, Schnürsenkel etc.

☛ **Anfertigung nach Maass** für jeden Körperbau unter Garantie für guten und bequemen Sitz, **Corset-Reparaturen** und **Corset-Wäsche** schnellstens und billigst. ☚

Puppen-Corsets — gratis — Puppen-Corsets.

Schmeerstr. **30.**

Schaukelpferde

Schmeerstr. **30.**

hochfein, Candaren und Rindlederzäumung.

Reisekoffer, Reisetaschen, Specialität

Handkoffer Handtaschen, Specialität

☛ eigenes Fabrikat. ☚

☛ Faltenkoffer, Faltentaschen, Damen-, Courier- und Umhängetaschen, Portemonnaies, Tresors, Cigarrenetuis, Brieftaschen, Necessaires, Photographie-Albums, Schreibmappen, Büchermappen, Schultornister, Schultaschen. ☚

Jagdtaschen halte als solide Waaren vom billigsten bis feinsten Genre bestens empfohlen.

30. Schmeerstraße vom 1. Jan. ab 19 (Aenderung d. Str.-Nr.)

H. Krasemann,
Fabrik von Reisekoffern und Lederwaaren.

Schmeerstraße 30. 19 vom 1. Jan. ab (Aenderung d. Str.-Nr.)

Schablonen

die schönsten u. haltbarsten zum Vorzeichnen der Wäsche und zum Signiren der Kisten, Säcke und Waaren empfiehlt
Otto Unbekannt
Kleinschmied. quervor.

---

13 Markt 13.

Ed. Graf

aus Prag.

Halle a. S.,
Marienbibliothek.

Grösstes

Special-Geschäft

am Platze.

Billigste u. reellste Bezugsquelle von

Bettfedern,

garantirt neu und staubfrei, à Pfd. von 60 Pfg. an bis zu den feinsten schneeweißen

Halbdaunen,

à Pfund von 2,50 bis 3,50 Mark.

Graue Daunen,

von wunderbarer Füllkraft, genügen blos 3 Pfund in ein großes Deckbett, à Pfd. 2,50, 2,80 bis 3 Mark.

Große Auswahl in

fertigen Betten,

mit nur guten Halbdaunen gefüllt und federdichten Inlett, à Gebett [illegible], Unterbett und Kissen von 12,00 an bis zu der feinsten.

Herrschaftsbetten,

mit Daunen gefüllt, à Gebett von 35,00 bis 45,00 Mark.

Fertig genähte Inletts vom feinsten **Federleinen, Drell, Cöper u. Bettbarchent. Bettbezüge, Betttücher, Strohsäcke** zu Fabrikpreisen.

Große Auswahl in **Steppdecken** und **Schlafdecken. Bettstellen m. Matr.**

Bei Einkauf im Betrage von 50 Mk

2% Rabatt.

Versandt nach auswärts Muster und Preislisten franco. Umtausch gestattet.

Carl Steckner

Leinenhandlung, Wäsche- und Ausstattungs-Magazin,

Lager fertiger Betten, Matratzen und Bettstellen.

Gr. Steinstraße 58, **Halle a. S.** Gr. Steinstraße 58,

empfiehlt sein reichhaltiges Lager geneigter Beachtung.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern, Unterhaltungsblatt und Bl. f. Haus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18921203010/fragment/page=0004